

## Aktuelle Meinungsumfrage im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes



**Gerechtigkeit in Deutschland:  
Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen  
der Verteilungsgerechtigkeit  
und Steuerpolitik**

## Impressum

**Herausgeber:**

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
– Gesamtverband e. V.

Oranienburger Str. 13-14  
D-10178 Berlin  
Telefon +49 (0) 30 - 24636-0  
Telefax +49 (0) 30 - 24636-110

E-Mail: [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)  
Internet: [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

**Inhaltlich Verantwortlicher gemäß Presserecht:**

Dr. Ulrich Schneider

**Autoren:**

Dr. Ulrich Schneider  
Gwendolyn Stilling  
Christian Woltering

**Gestaltung:**

Christine Maier, Der Paritätische Gesamtverband

**Titelbild:**

© Markus Bormann – Fotolia.com

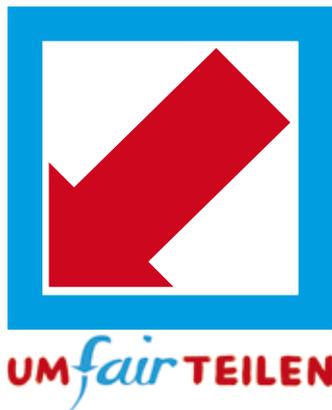
**Mai 2013**

# Der Kontext

## Nachhaltige Finanzierung der sozialen Infrastruktur und des Sozialstaates – Der Paritätische im Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“

Die Finanznot der öffentlichen Haushalte stellt mittlerweile nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch eine Bedrohung unseres Sozialstaates dar: Nicht nur, dass vielerorts immer mehr Schulen, Sporthallen oder Parks in marodem Zustand sind und Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen geschlossen werden. Auch Maßnahmen der Jugendarbeit, Gesundheitsberatungsdienste, Frauenprojekte, Beschäftigungsinitiativen und vieles mehr, was Wohlfahrt und Lebensqualität vor Ort ausmacht, fallen zunehmend dem Rotstift zum Opfer. Dringend notwendige Reformen – von der Pflege bis zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern oder der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – werden mit Verweis auf leere Kassen auf „die lange Bank geschoben“. Mit der Schuldenbremse wird sich die Situation noch ganz erheblich verschärfen. Bund und Länder werden in sehr kurzer Zeit zu ausgeglichenen Haushalten gezwungen. Die notwendige Konsolidierung wird bisher fast ausschließlich über Ausgabenkürzungen gesucht. Weite Teile der sozialen Infrastruktur vor Ort drohen zum Opfer dieser Entwicklung zu werden. Daher engagiert sich der Paritätische für eine neue, solidarische und vernünftige Steuerpolitik.

Vor einem Jahr genau hat sich das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gegründet. Erstmals haben sich in diesem Bündnis so unterschiedliche Akteure wie Gewerkschaften, Globalisierungskritiker und Wohlfahrtsverbände wie der



Paritätische Gesamtverband zusammengeschlossen, um gemeinsam für eine neue, eine sozial gerechtere Steuerpolitik zu werben. Gemeinsam fordern die Akteure dieses parteipolitisch unabhängigen Bündnisses die stärkere Besteuerung großer Vermögen sowie den konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug und Steuer-oasen zur Finanzierung notwendiger sozialer und

öffentlicher Leistungen und Reformen<sup>1</sup>. Eine ähnlich breite und vielfältige zivilgesellschaftliche Bewegung für einen Richtungswechsel in der Steuerpolitik, für „faires Teilen“ gab es vorher nicht.

Um zu einer nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates zu gelangen, sind dreierlei Voraussetzungen zu schaffen:

- ⇒ Erstens muss die Frage der Verteilungs- und Steuergerechtigkeit und der nachhaltigen Finanzierung unseres Gemeinwesens zum Wahlkampfthema werden. Alle Parteien müssen für diese Fragen zumindest sensibilisiert werden. Wie es sich aktuell abzeichnet, wird dies passieren.
- ⇒ Zweitens muss die Bevölkerung über den erheblichen Reichtum in Deutschland, die Vermögensverteilung und die finanzpolitischen Spielräume, die diese eröffnen, aufgeklärt sein. An diesem Punkt ist, wie auch diese Studie zeigt, noch einige Arbeit zu leisten.
- ⇒ Schließlich muss in der Bevölkerung die Scheu genommen werden, bestehende Ungleichheiten und vor allem aber Reichtum zu thematisieren und Solidarität zugunsten unser aller Gemeinwesen einzufordern. Auch hierzu bedarf es noch einiger Anstrengungen und phantasievoller Initiativen.

<sup>1</sup> Für Details vgl. „Politische Plattform für das Bündnis Umfairteilen – Reichtum besteuern! vom 10. Mai 2012“ auf [www.umfairteilen.de/start/ueber-uns/politische-plattform-des-buendnisses/](http://www.umfairteilen.de/start/ueber-uns/politische-plattform-des-buendnisses/)

# Die Studie

Die repräsentative Erhebung wurde am 6. und 7. Mai 2013 von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes durchgeführt. Insgesamt wurden 1.000 wahlberechtigte Personen über 18 Jahren in Deutschland befragt. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Zufallsauswahl (Randomstichprobe).

Aus Sicht des Paritätischen ist eine steuerpolitische Kehrtwende zwingend notwendig, um notwendige soziale Investitionen und Reformen zu finanzieren. Mit der vorliegenden Umfrage sind wir der Frage nachgegangen, wie weit diese Meinung in der Bevölkerung geteilt wird.

Es ist nicht die erste Studie dieser Art. In jüngerer Zeit wurden unterschiedliche Erhebungen zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Verteilungspolitik veröffentlicht, z.B.

- *Infratest dimap: ARD Deutschland Trend, Mai 2013*
- *Institut für Demoskopie Allensbach: „Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger“, Dezember 2012*
- *TNS Infratest Politikforschung: „Instrumente gegen die Krise“, im Auftrag von ver.di, Oktober 2012*

Von besonderem Interesse war für uns nicht nur, ob es sich bei diesen Stimmungsbildern um bloße „Eintagsfliegen“ handelt oder ob sich hier eine Verstärkung bestimmter Einstellungen abzeichnet. Was uns besonders interessierte, war die Frage, wie die Einstellungen zur gegebenen Vermögensverteilung und einer stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen in den Anhängerschaften der verschiedenen Parteien aussehen. Im Herbst finden Bundestagswahlen statt und so ist dieser Aspekt, der in den oben genannten Studien nicht berücksichtigt wurde, von besonderer Relevanz. Bei Konzeption und Auswahl der insgesamt fünf Fragen<sup>2</sup> wurde darüber hinaus ein besonderer Fokus auf die sozialpolitischen Aspekte der Verteilungsdebatte gelegt, da diese wie eingangs skizziert die handlungsleitende Motivation für das Engagement des Paritätischen Gesamtverbandes darstellen.

Im Folgenden finden Sie die Ergebnisse der Umfrage aufbereitet. Zu beachten ist, dass für die Detailauswertung und grafische Darstellung in der Regel jeweils nur diejenigen Befragten berücksichtigt wurden, die Angaben gemacht haben.

---

<sup>2</sup> Vgl. Anhang

## Summary

Die vorliegende Umfrage zeigt, dass in der Bevölkerung mittlerweile eine geradezu überwältigende Zustimmung für einen Richtungswechsel in der Steuerpolitik gegeben ist. Die Menschen erkennen einen ganz erheblichen Investitionsbedarf im Bildungswesen und im sozialen Bereich und empfinden zugleich die private Vermögensanhäufung in Deutschland als eher ungerecht. Es gibt in Deutschland eine breiteste Übereinstimmung zu diesen Fragen über alle Schichten und parteipolitischen Präferenzen hinweg. Die kurze Studie gibt auch einen Hinweis darauf, dass die Bewertung der Vermögensverteilung in Deutschland und die Zustimmung in der Bevölkerung zu einer stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen entscheidend von den zur Verfügung gestellten Informationen abhängt.

# Die Ergebnisse im Detail

## Befund 1: Eine deutliche und parteiübergreifende Mehrheit sieht zusätzlichen Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung und Soziales.

Eine deutliche und parteiübergreifende Mehrheit der Befragten ist der Auffassung, dass in die Bereiche Bildung und Soziales zu wenig investiert wird. 57 Prozent beklagen unzureichende Investitionen in den Sozialbereich und in die Bildung sogar 78 Prozent.

Während bei der Bildung mit Blick auf die öffentlichen Diskussionen und auch die politischen Statements aus allen Parteien ein solches Ergebnis durchaus erwartbar war, überrascht jedoch das ebenfalls klare Votum auch für den Sozialbereich. Das Ergebnis deutet darauf hin, dass die regelmäßig vorgebrachten Missbrauchs- und Fehlverwendungsvorwürfe und die Argumentation, die Mittel müssten nur „zielgenauer“ eingesetzt werden, bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich nicht verfangen.

Dass derartig klare Ergebnisse durchaus auf Grundlage sachlich differenzierter Bewertungen zustande kommen und nicht lediglich „Mentalitäten“ geschuldet sind, machen die Antworten zu unserer Kontrollfrage aus dem Feld der Energiepolitik deutlich, die deutlich kontroverser verlaufen. (s. Abb. 1)

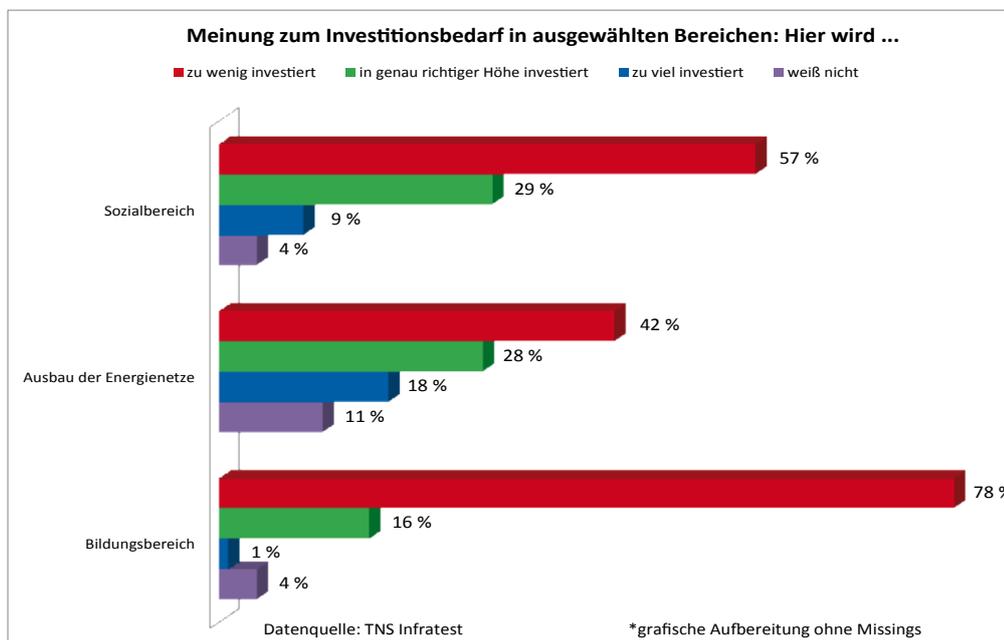
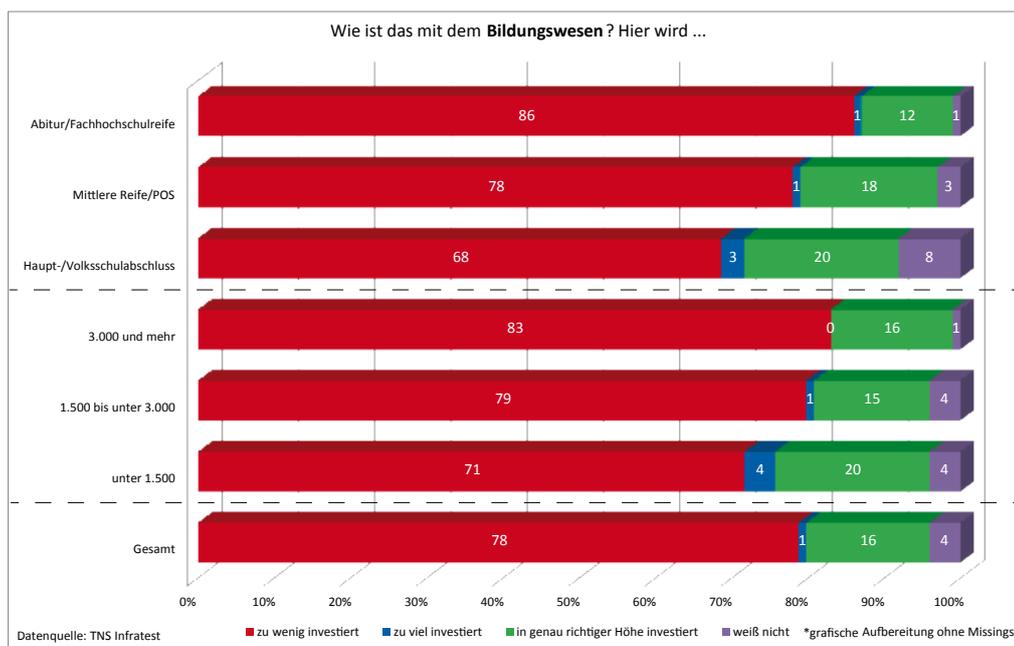


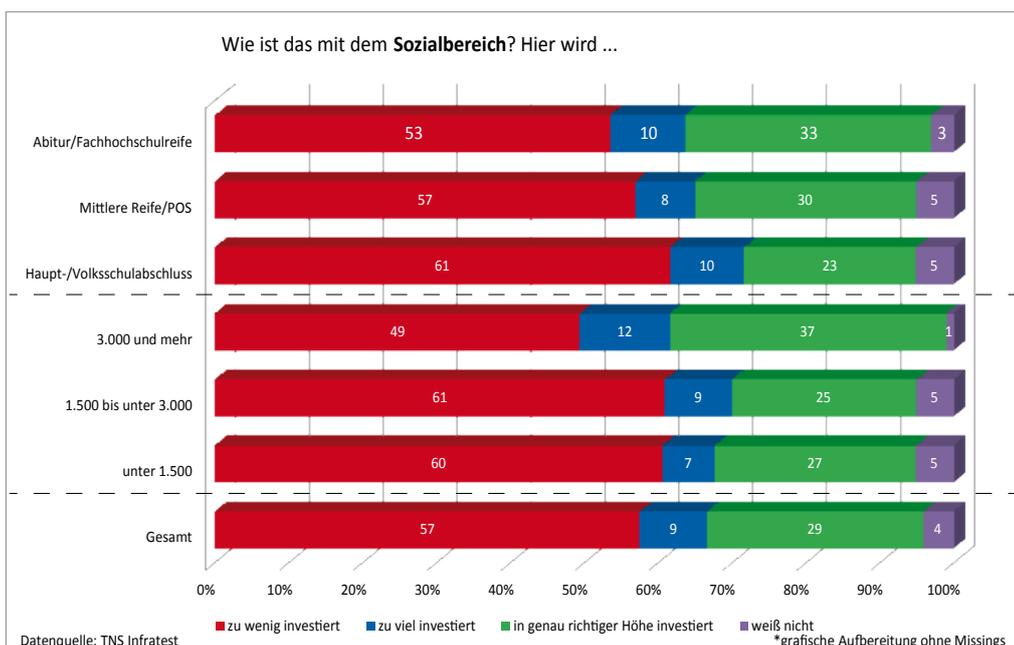
Abb. 1: Meinung zum Investitionsbedarf in ausgewählten Bereichen

Interessanterweise zeigen die Antworten zu den Bereichen Bildung und Soziales einen gewissen Zusammenhang zum sozialen Status, gemessen an Bildungsabschluss und Einkommen. Je höher der Bildungsabschluss, umso eher wird beklagt, dass zu wenig in den Bildungsbereich investiert würde. 86 Prozent der Befragten mit Abitur oder Fachhochschulreife vertraten diese Ansicht, aber „nur“ 68 Prozent derer mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss. (s. Abb. 2)



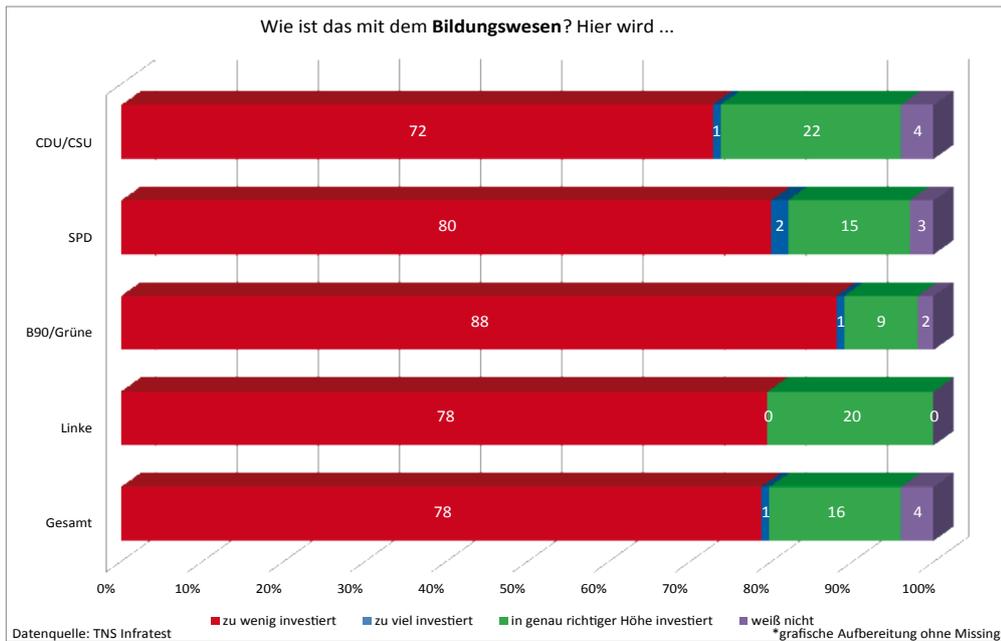
**Abb. 2:**  
Meinung zum Investitionsbedarf im Bildungswesen – nach Bildungsabschluss und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Genau umgekehrt stellt sich der Zusammenhang bei der Frage der Investitionen in den Sozialbereich dar. Während hier vor allem Befragte mit Haupt- und Volksschulabschlüssen (61 Prozent) und mit geringen oder mittlerem Einkommen mehr Investitionen anmahnten (60 und 61 Prozent), sind es bei den Befragten aus der höheren Einkommensklasse (3.000 Euro/Monat und mehr) nur knapp die Hälfte (49 Prozent). (s. Abb. 3).

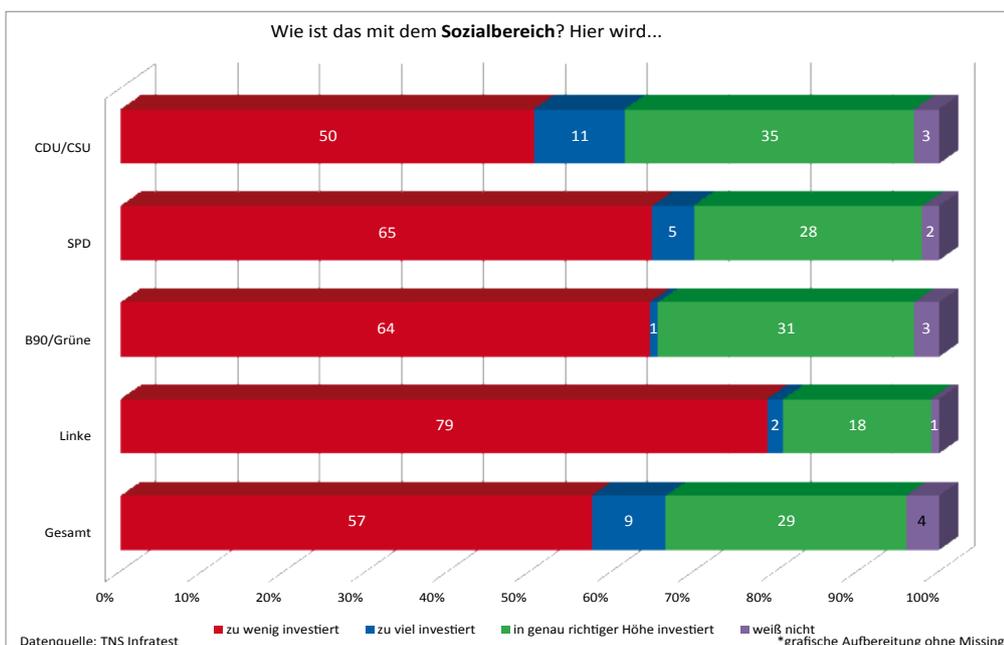


**Abb. 3:**  
Meinung zum Investitionsbedarf im Sozialbereich – nach Bildungsabschluss und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Was die Parteipräferenzen anbelangt, kann man fast von einem parteiübergreifenden Konsens sprechen, was die Notwendigkeit von mehr Bildungsinvestitionen anbelangt. Die Zustimmungskquote reicht von 72 Prozent bei den Anhängern der CDU/CSU bis zu 88 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen. Und auch dass zu wenig im Sozialbereich investiert würde, meint immerhin noch die Hälfte aller Unionsanhänger, die damit gar nicht so weit von den Werten bei SPD und Grünen (65 bzw. 64 Prozent) entfernt sind. (s. Abb. 4 und 5 )



**Abb. 4:**  
Meinung zum  
Investitionsbedarf  
im Bildungswesen –  
nach Parteipräferenzen



**Abb. 5:**  
Meinung zum  
Investitionsbedarf  
im Sozialbereich –  
nach Parteipräferenzen

## Befund 2: Mehr als drei Viertel der Bundesbürger befürworteten eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Mehr als drei Viertel der Bundesbürger (77 Prozent) vertreten mittlerweile die Auffassung, dass Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen sollten als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen. Mit Blick auf ähnliche Umfragen von Forsa im Auftrag von Campact aus April 2012, von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag von ver.di aus Oktober 2012 sowie zuletzt infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Zeitung DIE WELT ergibt sich ein stabiler Trend hin zu einer ganz breiten Mehrheit in der Bevölkerung für einen Richtungswechsel in der Steuerpolitik. Nur 20 Prozent sprachen sich gegen eine höhere Besteuerung aus. (s. Abb. 6)

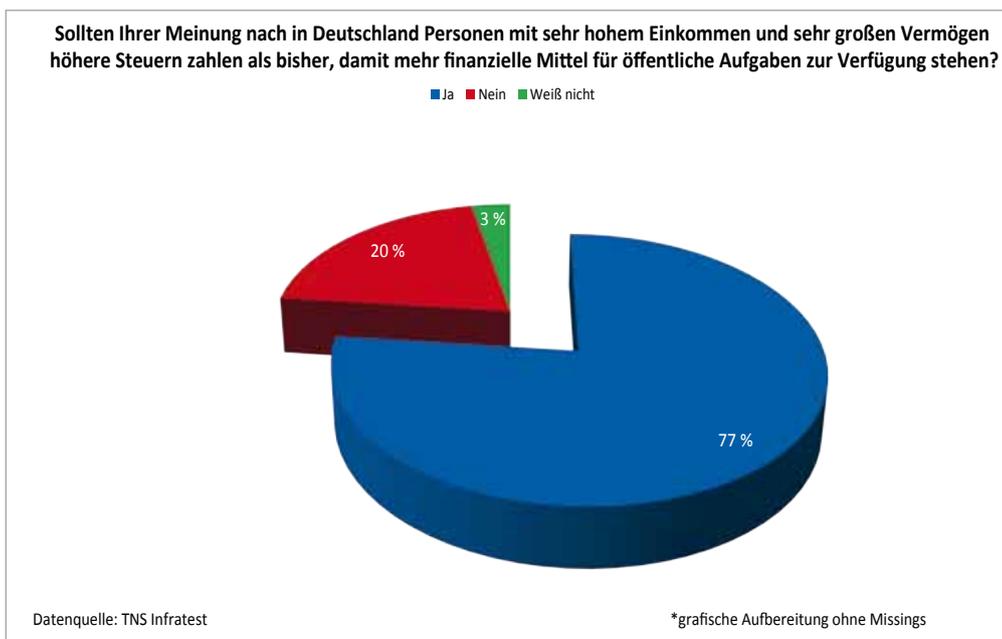
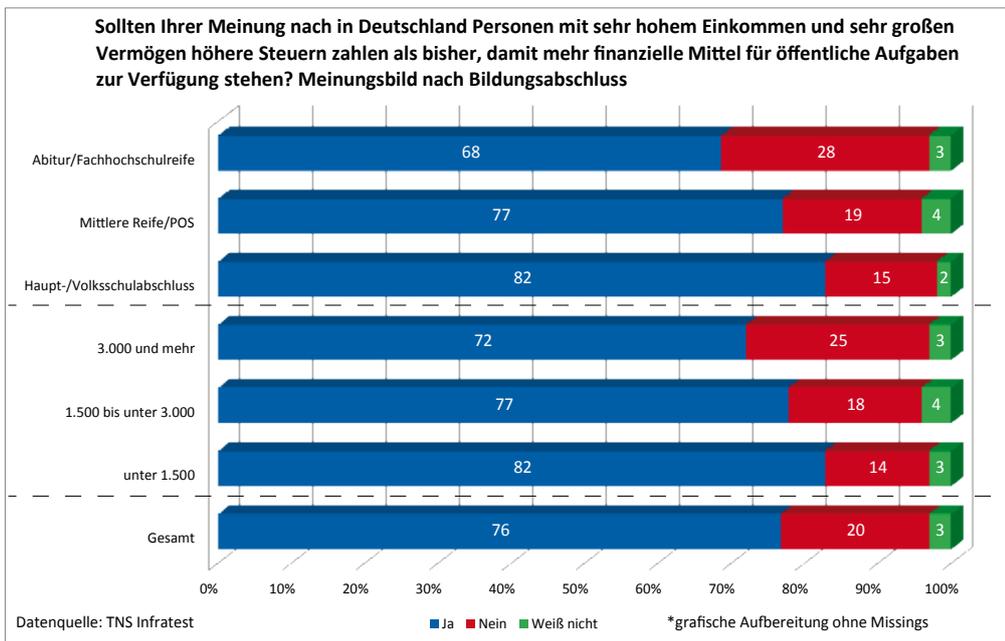


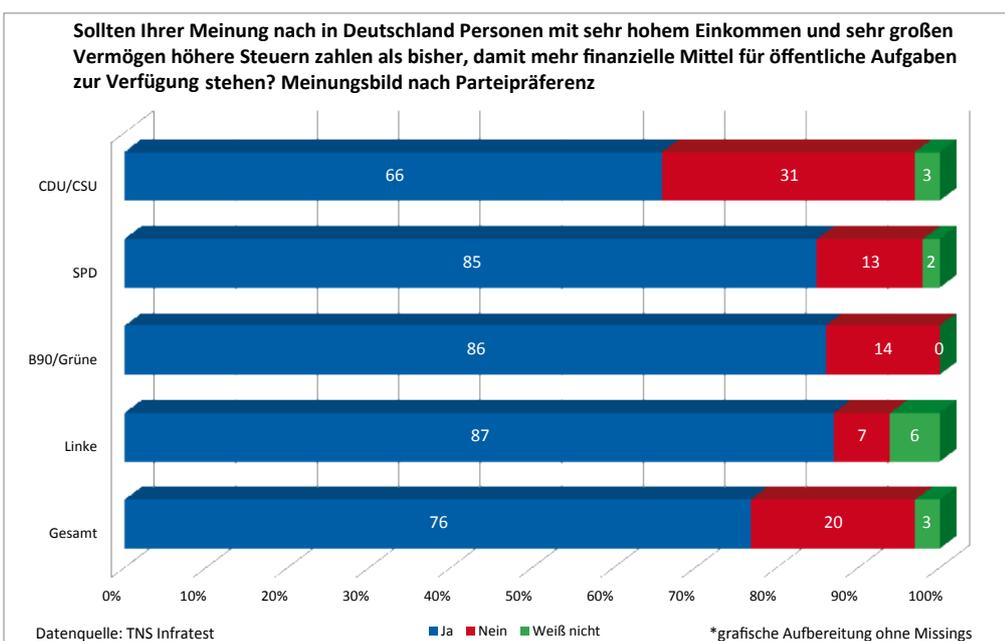
Abb. 6:  
Meinung zur stärkeren  
Besteuerung großer  
Einkommen und  
Vermögen

Die Zustimmung zu einer höheren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen verläuft leicht umgekehrt proportional zum Bildungsabschluss und zum Haushaltseinkommen der befragten Personen. Waren bei der untersten Einkommensgruppe (bis 1.500 Euro/Monat) 82 Prozent für und 14 Prozent gegen eine höhere Besteuerung, so waren es bei der obersten Einkommensklasse (3.000 Euro/Monat und mehr) 72 bzw. 25 Prozent. Den niedrigsten Zustimmungswert zeigten die Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen. Allerdings lag dieser mit 68 Prozent noch immer auf sehr hohem Niveau, so dass man insgesamt von breitester Zustimmung über alle Bildungs- und Einkommenschichten hinweg sprechen kann. (s. Abb. 7)



**Abb. 7:** Meinung zur stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen – nach Bildungsabschluss und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Überraschungen verbirgt die Aufschlüsselung nach parteipolitischer Präferenz der Befragten. Dass die Anhänger der Linkspartei mit 87 Prozent eine außerordentlich große Sympathie für eine höhere Besteuerung großer Vermögen und hoher Einkommen zeigen, war erwartbar. Nicht zu erwarten war dagegen, dass bei SPD und GRÜNEN die Zustimmungsraten mit 85 und 86 Prozent fast genauso klar und hoch ausfallen wie bei den Linken. Und selbst im Lager der UNION sprechen sich zwei Drittel der Anhänger entgegen der steuerpolitischen Vorgaben der Parteispitze für die höhere Besteuerung und nur 31 Prozent dagegen aus. (s. Abb. 8)



**Abb. 8:** Meinung zur stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen – nach Parteipräferenzen

### Befund 3: Drei Viertel der Bevölkerung sehen den sozialen Frieden in Deutschland durch die bestehende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet.

Fast drei Viertel der Bevölkerung stimmen der Aussage, dass die Kluft zwischen Arm und Reich den sozialen Frieden gefährde, eher zu. Nur ein Viertel glaubt das eher nicht. (s. Abb. 9)

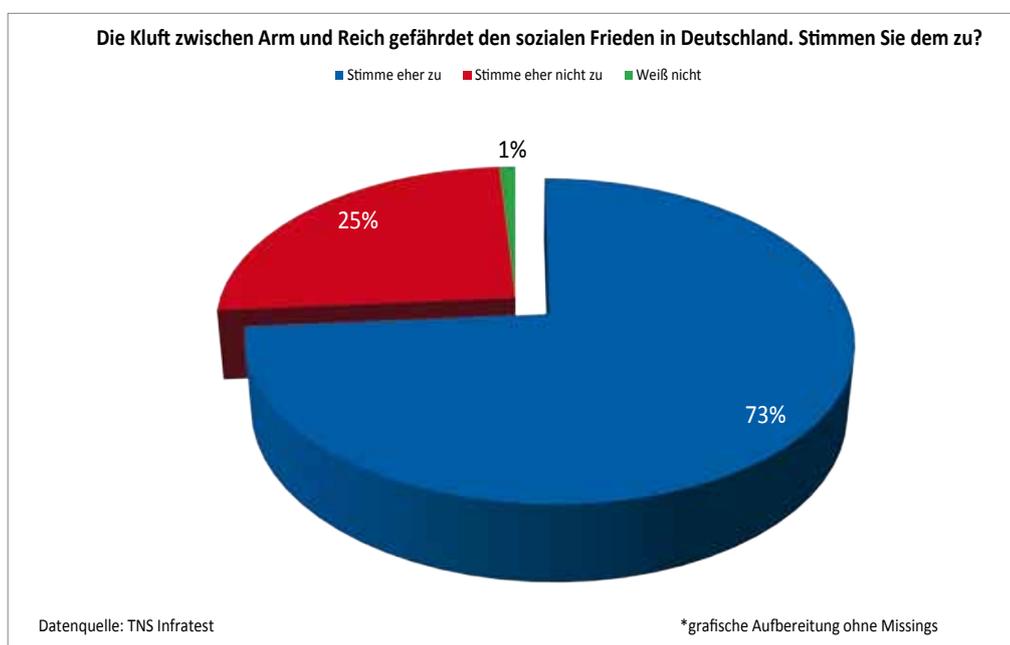
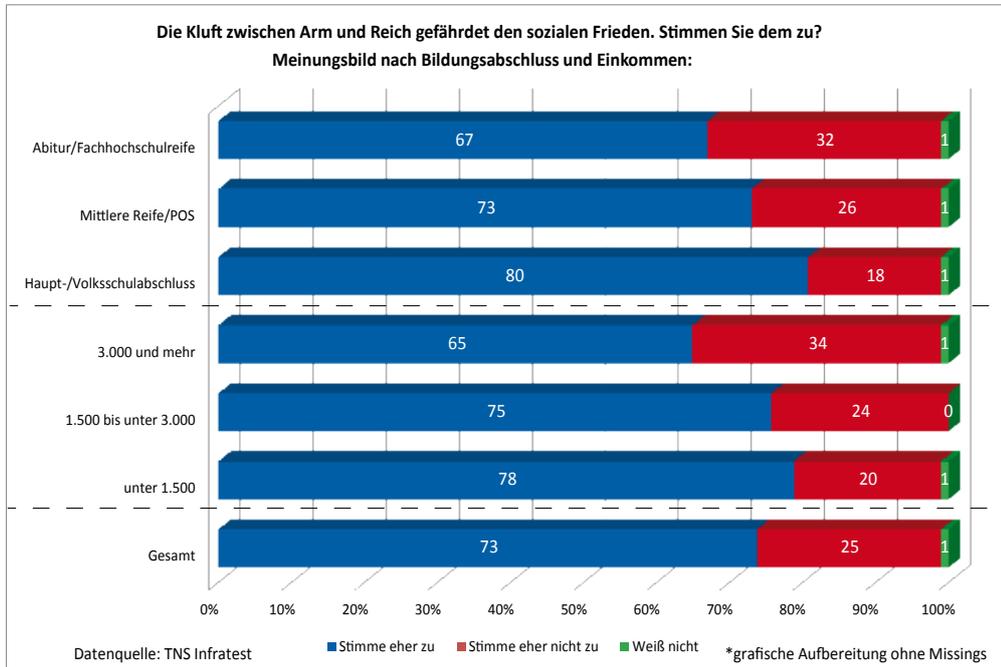


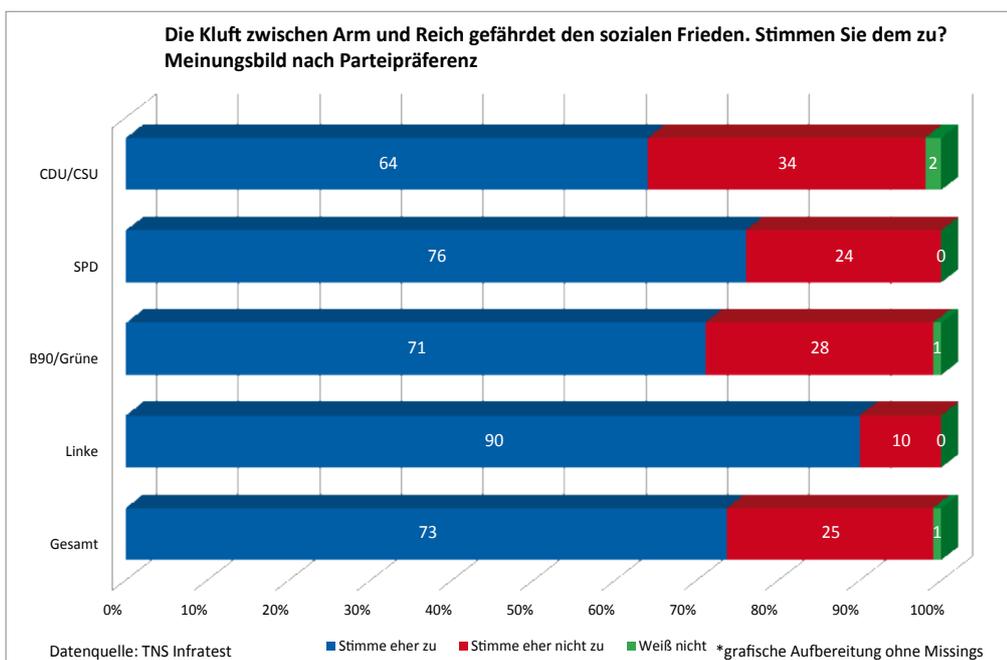
Abb. 9: Meinung zur Gefährdung des sozialen Friedens in Deutschlands

Auf diesem hohen Zustimmungsniveau zeigen sich aber noch einmal deutliche Unterschiede hinsichtlich Einkommen und Bildungsabschluss. Während 78 Prozent der unteren Einkommensgruppe (bis 1500 Euro/Monat) und 80 Prozent der Befragten mit Hauptschul- bzw. Volksschulabschluss eine Gefährdung des sozialen Friedens in Deutschland durch die bestehende Kluft zwischen Arm und Reich sehen, sind es bei den Befragten der höheren Einkommensklasse (3000 Euro/Monat und mehr) und bei Abiturienten „nur noch“ 65 und 67 Prozent – ein statistischer Fingerzeig, dass sozialer Status, die persönliche Lebenssituation bzw. die Nähe oder Distanz zu und die Kenntnis oder Unkenntnis über prekäre Lebenssituationen durchaus ihren Einfluss auf die Einschätzung hinsichtlich der Stabilität oder Labilität des sozialen Friedens in Deutschland haben. (s. Abb. 10)



**Abb. 10:**  
**Meinung zur**  
**Gefährdung des**  
**sozialen Friedens –**  
**nach Bildungsabschluss**  
**und monatlichem Haus-**  
**haltsnettoeinkommen**

Insgesamt scheint sich jedoch die These von einer Gefährdung des sozialen Friedens durch die Kluft zwischen Arm und Reich ganz mehrheitlich durch alle Einkommens- und Bildungsschichten zu ziehen. Während nach parteipolitischer Präferenz die Anhänger von SPD und Grünen mit 76 und 71 Prozent Zustimmung zu dieser These in etwa im Durchschnitt der Bevölkerung liegen, sind es bei den Anhängern der Linken sogar 90 Prozent und bei denen der Union immerhin noch sehr starke 64 Prozent! (s. Abb. 11)



**Abb. 11:**  
**Meinung zur**  
**Gefährdung des**  
**sozialen Friedens –**  
**nach Parteipräferenzen**

## Befund 4: Rund 80 Prozent, also vier von fünf Bundesbürgern, bewerten die reale Vermögensverteilung in Deutschland als ungerecht.

Wie gerecht ist die Vermögensverteilung in Deutschland? Um uns der Meinung in der Bevölkerung zu dieser Frage zu nähern, wurden zwei unterschiedliche Frageformen gewählt. Während die eine Gruppe ganz allgemein gefragt wurde: „Wenn Sie nun einmal an die Verteilung des privaten Vermögens in denken: Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?“, wurde die Vergleichsgruppe konkret mit einem Befund aus dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konfrontiert. Die Frage lautete: „Nach einem aktuellen Bericht der Bundesregierung verfügen die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte in Deutschland über 53 Prozent des gesamten Vermögens, die untere Hälfte der Gesellschaft über 1 Prozent. Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?“

Gaben bei der ersten Variante 66 Prozent an, dass die Vermögensverteilung eher ungerecht sei, waren es bei der Gruppe, die mit dem konkreten Befund aus dem Armuts- und Reichtumsbericht konfrontiert wurde, 78 Prozent. (s. Abb. 12)

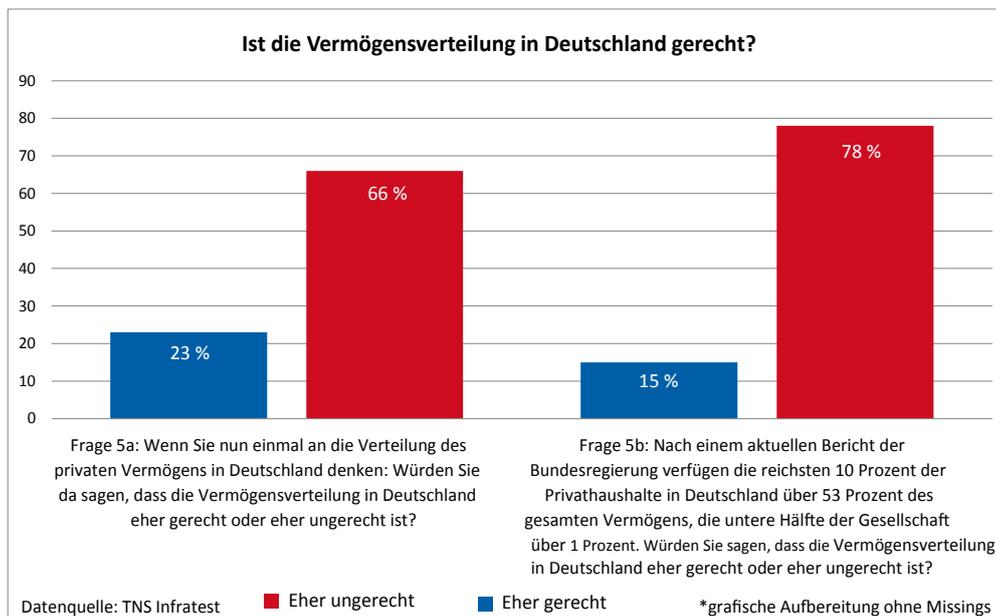


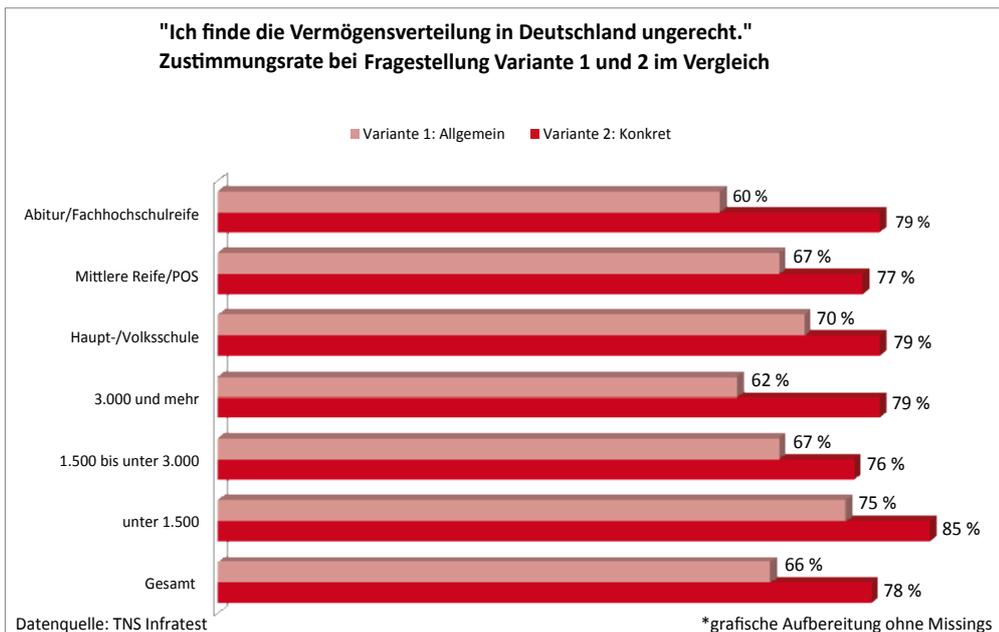
Abb. 12: Meinung zur Vermögensverteilung in Deutschland

Besonders starke „Lerneffekte“ zeigten sich insbesondere bei den Inhabern höherer Bildungsabschlüsse und Angehörigen der höheren Einkommensgruppe. Gaben von diesen ohne die Information aus dem Regierungsbericht „nur“ 60 bzw. 62 Prozent an, dass sie die Vermögensverteilung eher ungerecht fänden, sprang dieser Wert bei der Gruppe mit der konkreten Information zur Vermögensverteilung auf 79 Prozent! (s. Abb. 13)

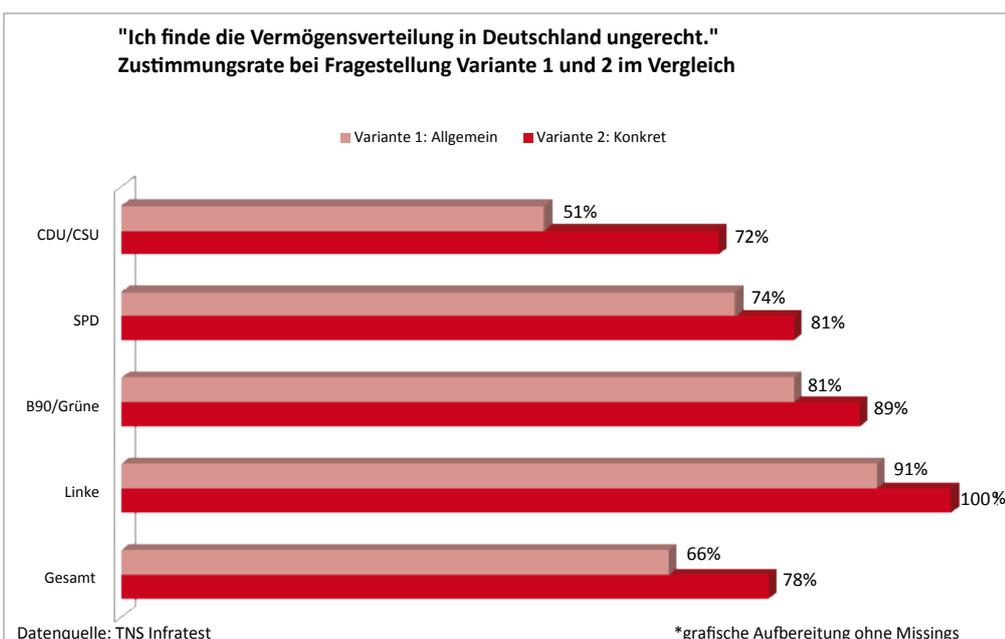
Nach parteipolitischer Präferenz fällt erneut auf, dass bei Anhängern aller Parteien immer eine Mehrheit die gegebene Vermögensverteilung als eher ungerecht ansieht – und zwar mit oder ohne zusätzlicher Information aus dem Armuts- und Reichtumsbericht. Auch bei den Unions-Anhängern waren es „ungestützt“ noch immer 51 Prozent, mit der Zusatzinformation sogar 72 Prozent. Unterstellt, dass Gerechtigkeit nach wie vor ein Maßstab für die Akzeptanz gesellschaftlicher Sachverhalte in der Bevölkerung ist, muss mit Blick auf dieses

klare Meinungsbild festgestellt werden, dass die Vermögensverteilungsstruktur in dieser Gesellschaft ganz mehrheitlich keine Akzeptanz mehr findet – über alle Schichten und alle Parteipräferenzen hinweg.

Deutlich wird weiterhin aus den Ergebnissen der beiden Vergleichsfragen, wie ausschlaggebend empirische Informationen zur Frage der Verteilungsgerechtigkeit sind. Besonders augenfällig wird dies bei den Anhängern der Union, wo die Differenz gleich 21 Prozentpunkte beträgt. (s. Abb. 14)



**Abb. 13:** „Ich finde die Vermögensverteilung in Deutschland ungerecht.“ Zustimmungsrate bei Fragestellung Variante 1 (allgemein) und Variante 2 (konkret) – nach Bildungsabschluss und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



**Abb. 14:** „Ich finde die Vermögensverteilung in Deutschland ungerecht.“ Zustimmungsrate bei Fragestellung Variante 1 (allgemein) und Variante 2 (konkret) – nach Parteipräferenzen

## Befund 5: Eine knappe Mehrheit der Befragten macht sich eher keine Sorgen über ihre künftige finanzielle Absicherung. 45 Prozent schon.

Eine knappe Mehrheit, nämlich 53 Prozent der Befragten, gab an, sich eher keine Sorgen über ihre künftige finanzielle Absicherung zu machen. 45 Prozent sorgten sich eher.

Wie immer man diese Zahlen bewerten mag, weisen sie darauf hin, dass die Meinungsbildung zu sozialen und bildungspolitischen Investitionsbedarfen, zu Fragen der Vermögensverteilung und zur Steuerpolitik offenbar weit weniger durch die persönliche Befindlichkeit hinsichtlich der eigenen finanziellen Absicherung geprägt zu sein scheint, als vielmehr durch die Sorge um den sozialen Frieden und das eigene Gerechtigkeitsempfinden. (s. Abb. 15)

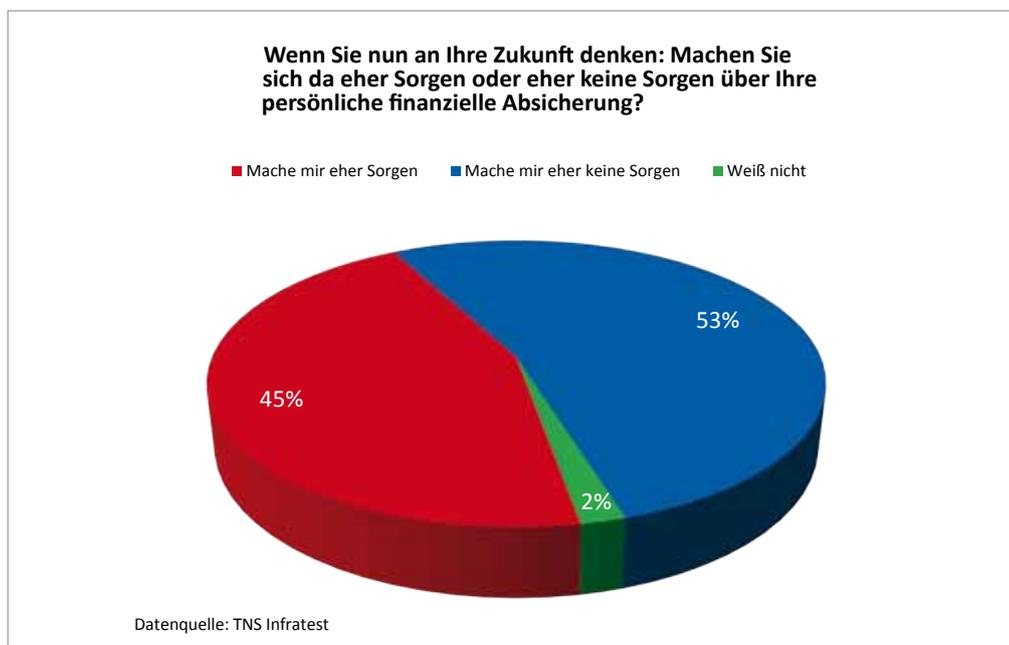


Abb. 15:  
Individuelle Sorge um zukünftige persönliche finanzielle Absicherung

# Anhang

## Die Fragen:

- Frage 1:** Wenn Sie nun an Ihre Zukunft denken: Machen Sie sich da eher Sorgen oder eher keine Sorgen über Ihre persönliche finanzielle Absicherung?
- Frage 2:** Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist.  
Wie ist das mit ... Wird hier...
- dem Bildungswesen
  - dem sozialen Bereich
  - dem Ausbau der Energienetze
- Frage 3:** Sollten Ihrer Meinung nach in Deutschland Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen?
- Frage 4:** Derzeit wird in Deutschland viel über die Kluft zwischen Arm und Reich diskutiert. In diesem Zusammenhang wird auch die Meinung vertreten, dass dadurch der soziale Frieden in Deutschland gefährdet sei. Würden Sie dieser Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen?
- Frage 5A:** Wenn Sie nun einmal an die Verteilung des privaten Vermögens in Deutschland denken: Würden Sie da sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?
- Frage 5B:** Nach einem aktuellen Bericht der Bundesregierung verfügen die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte in Deutschland über 53 Prozent des gesamten Vermögens, die untere Hälfte der Gesellschaft über 1 Prozent. Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?



Oranienburger Str. 13-14  
10178 Berlin  
Tel. 030-2 46 36-0  
Fax 030-2 46 36-110

[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)  
[info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)